



Amtsblatt

für den

Landkreis Eichsfeld

Jahrgang 2016	Heilbad Heiligenstadt, den 30.05.2017	Nr. 16
---------------	---------------------------------------	--------

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
A Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Eichsfeld	
12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Landkreises Eichsfeld am 07.06.2017	... 108
Generalplanung für Umbau und Erweiterung des Staatlichen Gymnasiums Johann Georg Lingemann, Bahnhofstraße 17, 37308 Heilbad Heiligenstadt	... 109
B Veröffentlichungen sonstiger Stellen	
Verbandsversammlung des Gewässerunterhaltungszweckverbandes Eichsfeld (GZV Eichsfeld) am 20.06.2017	... 117

Herausgeber: Landkreis Eichsfeld

Bezugsmöglichkeiten: Das Amtsblatt kann beim Landkreis Eichsfeld/Stabsstelle Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit, Friedensplatz 8, 37308 Heilbad Heiligenstadt, **als Abonnement, Einzelausgabe oder blattweise** bezogen werden. Tel. : 03606 650 -1050 / -1051 / -1052;
Preis je Doppelseite 0,10 € zuzüglich Versandkosten.

Erscheinungsweise: in der Regel dienstags,
auch unter der Internetadresse www.kreis-eic.de (Aktuelles, Amtsblatt)

12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Landkreises Eichsfeld am 07.06.2017

Die 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Landkreises Eichsfeld findet am

Mittwoch, den 07.06.2017 um 16:00 Uhr

im Kreistagssaal des Landkreises Eichsfeld, Göttinger Straße 5, Heilbad Heiligenstadt statt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festlegung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2017
4. Informationen Projekt „Demokratie leben!“ – Vorstellung Eichsfelder Jugendforum
5. Auswertungen aus der AG Jugendförderplan
6. Konzept zur Führung von Vormundschaften und Pflegschaften für Minderjährige Unbegleitete Ausländer (UMA)
7. Qualifizierungs- und Vorbereitungskurs "...neu verbunden" für Pflegeeltern und Pflegebewerber im Landkreis Eichsfeld
8. Koordination Familienhebammen
9. Förderung von Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit
10. Förderung von Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung - Ehrenamtsschulung (Juleica Ausbildung)
11. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018 - Verteilung von Restmitteln
12. Mitteilungen und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Heilbad Heiligenstadt, 29.05.2017

Der Landrat

Generalplanung für Umbau und Erweiterung des Staatlichen Gymnasiums Johann Georg Lingemann, Bahnhofstraße 17, 37308 Heilbad Heiligenstadt

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I. 1) Name und Adressen

Landkreis Eichsfeld
Liegenschaftsamt
Friedensplatz 8
37308 Heilbad Heiligenstadt
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Landkreis Eichsfeld
Liegenschaftsamt
Frau Dornieden
Telefon: +49 3606-6502311
E-Mail: liegenschaftsamt@kreis-eic.de
Fax: +49 3606-6509090
NUTS-Code: DEG06
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.kreis-eic.de>

I. 2) Gemeinsame Beschaffung

I. 3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=160114>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I. 4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I. 5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II. 1) Umfang der Beschaffung

II. 1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Generalplanung für Umbau und Erweiterung des Staatlichen Gymnasiums Johann Georg Lingemann, Bahnhofstr. 17, 37308 Heilbad Heiligenstadt

Referenznummer der Bekanntmachung: 3-3

II. 1.2) CPV-Code Hauptteil

71000000

II. 1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II. 1.4) Kurze Beschreibung:

Der Landkreis Eichsfeld beabsichtigt, das denkmalgeschützte Staatliche Gymnasium Johann Georg Lingemann in Heilbad Heiligenstadt zu einer zeitgemäßen, barrierefreien und langfristig werthaltigen Schule umzubauen und zu erweitern. Das Bauvorhaben soll in zwei Bauabschnitte (BA) während des laufenden Schulbetriebes erfolgen: 1. BA als Erweiterungsgebäude in 2018 (Bruttogrundfläche (BGF) ca. 1 150 m²), 2. BA als Teilumbau im Bestandsgebäude in 2019 (auf einer BGF von ca. 1 590 m²). Die Bauzeit inkl. Planung wird auf 2,5 Jahre geschätzt.

Eine detaillierte Beschreibung der Aufgabenstellung einschließlich Anforderungen und Raumprogramm (Hinweise 1) befindet sich in den Ausschreibungsunterlagen. Die geforderten Leistungen sollen auf einer vorliegenden Vorplanung aufbauen.

Die Bewerber erhalten Bestandspläne (Hinweise 2) sowie die o. g. Vorplanung einschließlich überschlägiger Kostenschätzung (KG 200-600 ca. 4 650 000 EUR inkl. MwSt für beide Bauabschnitte) und Flächenermittlung (Hinweise 3).

II. 1.5) Geschätzter Gesamtwert

II. 1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II. 2) Beschreibung

II. 2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II. 2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000

II. 2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEG06

Hauptort der Ausführung:

Städtisches Gymnasium Johann Georg Lingemann
Bahnhofstr. 17
37308 Heilbad Heiligenstadt

II. 2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Generalplanungsleistungen

Auftragsgegenstand ist die Generalplanungsleistung, die unter Federführung eines Objektplaners Gebäude (Architekt) alle nachfolgend dargestellten und erforderlichen Fachplanerleistungen der Leistungsbilder Gebäude nach HOAI 2013 § 33, Freianlagen nach HOAI 2013 § 38, Tragwerksplanung nach HOAI 2013 § 49, Technische Ausrüstung nach HOAI 2013 § 53 für die Anlagengruppe 1-6, Wärmeschutz und Energiebilanzierung nach HOAI 2013 Anlage Nr. 1.2.3, Bauphysik nach HOAI 2013 Anlage 1 Nr. 1.2, Bauakustik nach HOAI 2013 Anlage 1 Nr. 1.2.4, Raumakustik nach HOAI 2013 Anlage 1 Nr. 1.2.5, sowie Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination auf Baustellen nach BaustellenVO und Brandschutz umfasst. Es sind auch Bietergemeinschaften zugelassen, wenn diese erklären

- dass ein bevollmächtigter Vertreter die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu handeln.
- dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen des Auftraggebers für jedes Mitglied mit befreiender Wirkung anzunehmen.
- dass sie sich im Falle einer Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen
- dass die Mitglieder gesamtschuldnerisch haftend auch über die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) hinaus auftreten
- der bevollmächtigte Vertreter (natürliche oder juristische Person) der Bietergemeinschaft zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ berechtigt ist und die Federführung übernimmt.

Eine Beteiligung auch einzelner Mitglieder von Bewerbergemeinschaften an mehr als einer Bewerbergemeinschaft ist unzulässig und führt zum Ausschluss aller davon betroffenen Bewerbergemeinschaften. Zunächst erfolgt die Beauftragung von Leistungen der Leistungsphasen 3 (Entwurfsplanung) und 4 (Genehmigungsplanung) des Leistungsbildes Gebäude einschl. der erforderlichen o. a. Fachplanungsleistungen. Die Beauftragung erfolgt mit der Option der weiteren Beauftragung der Leistungsphasen 5 bis 9. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

II. 2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II. 2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 1 008 767.48 EUR

II. 2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2017

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II. 2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Fristgerechte Vorlage des vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Teilnahmeantrages nebst den geforderten Nachweisen und Erklärungen.

Erfüllung der Kriterien aus den Ziff. III.1.1 bis III.1.3, zusammengefasst im Bewerbungsbogen und der Auswahlmatrix (siehe Ziff. VI.3).

Die Bewertung der Kriterien erfolgt nach Maßgabe der Gewichtung (Hinweise 4).

II. 2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II. 2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II. 2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II. 2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II. 2.14) Zusätzliche Angaben

Das Ende der Vertragslaufzeit steht aktuell nicht fest. Die Bauausführung für den 1. BA (Erweiterung) ist im Jahr 2017 bis 2018 geplant, die Bauausführung für den 2. BA (Umbau Bestandsgebäude) ist im Jahr 2018 bis 2019 vorgesehen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III. 1) Teilnahmebedingungen

III. 1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die geforderten Nachweise, Erklärungen und Unterlagen sind einzureichen. Bitte verwenden Sie dazu teilweise die Formulare, die Sie von der angegebenen Webseite herunterladen können.

1. Bewerbung/Teilnahmeantrag:

Die Bewerbung zur Teilnahme am zweistufigen Verfahren erfolgt vom Büroinhaber, einem Geschäftsführer und/oder einem berechtigten Vertreter. Von diesem ist der rechtsverbindlich unterschriebene Bewerbungsbogen/Teilnahmeantrag (BB: Bewerbungsbogen S. 1-4) im Original einzureichen. Juristische Personen sind zugelassen, wenn für die Durchführung der Aufgabe ein verantwortlicher Berufsangehöriger benannt wird, der zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ berechtigt ist. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss das federführende Mitglied (natürliche oder juristische Person) zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ berechtigt sein.

Der Nachweis zur Berufsqualifikation als Architekt für den Generalplaner oder das federführende Mitglied der Bergergemeinschaft ist zwingend erforderlich gemäß § 75 (1) VgV (Anlage 2).

Der Nachweis der Unterschriftsberechtigung ist zu führen bei juristischen Personen durch Vorlage eines aktuellen Handelsregisterauszuges, bei Personengesellschaften durch die Vollmacht der Gesellschafter/Partner. Im Falle einer Bieter-/Bergergemeinschaft ist die Vorlage einer von allen Bewerbern rechtsverbindlich unterschriebenen Bergergemeinschaftserklärung (Anlage BG) mit der Benennung eines bevollmächtigten Vertreters sowie der Bürobezeichnung aller Bewerber abzugeben.

Weitere Nachweise sind zu erbringen:

1. Eigenerklärung nach § 123 bis 124 GWB (Anlagen 1.1-1.3)
2. Erklärung Verknüpfungen (Anlage 3)
3. Erklärung über Nachunternehmer (Erklärung zum Nachunternehmereinsatz) (Anlage 4.1/4.2)

Werden die dargestellten Anforderungen nicht erfüllt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

III. 1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Nachweis Berufshaftpflicht (Anlage 5):

Für Personenschäden 3 000 000 EUR, für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) 2.500.00 EUR. Sollte die Berufshaftpflichtversicherung geringere Deckungssummen aufweisen, ist auch eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Erhöhung im Auftragsfall auf geforderte Deckungssummen oder eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Zusage einer objektbezogenen Versicherung möglich. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (d. h. ohne Unterscheidung nach Sach- und Personen- und Vermögensschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, aus der hervorgeht, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die Deckung für das Objekt muss über die gesamte Vertrags- und Gewährleistungslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Diese Erklärung ist zusätzlich mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Bei Bergergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Gemeinschaft zu führen.

2. Erklärung Geschäftsjahresumsatz (Anlage 6):

Erklärung zum Jahresumsatz des Bewerbers im Leistungsbild Objektplanung Gebäude innerhalb der letzten 3 Geschäftsjahre. Aus dem Gesamtumsatz der letzten drei Jahre wird ein durchschnittlicher Jahresumsatz ermittelt. Gefordert wird ein durchschnittlicher Mindestjahresumsatz in Höhe von 500 000 EUR sowie eine mindestens 3 jährige Geschäftstätigkeit. Bei Bietergemeinschaften sind die Umsätze getrennt nach Mitgliedern anzugeben.

III. 1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis des Bewerbers über in der Vergangenheit erbrachte Leistungen, die mit den hier zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Dieser Nachweis ist durch die Angabe von drei Referenzleistungen zu führen.

Die Mindestanforderungen sind:

- Mindestens 2 Referenzen sind mit einer öffentlichen Nutzung fertiggestellt. Sofern diese Referenzen ein Schulbau nach Thüringer Schulbaurichtlinie oder nach einer gleichwertigen Richtlinie anderer Bundesländer ist bzw. ein vergleichbares Bauwerk ist, welches in der RBBau Bauwerkszuordnungskatalog unter Nr. 4100 bis 4330 darstellt ist, wird die Referenz gepunktet. Sofern die dritte Referenz ebenfalls ein öffentliches Gebäude ist, erfolgt ein Bonuspunkt.
- Die Bauwerkskosten (KG 300-400) beliefen sich je Bauvorhaben auf mindestens 2 000 000 EUR brutto
- Es wird eine Referenz für eine Sanierung/Bauen im Bestand, eine Referenz für Sanierung/Bauen im Bestand mit Erweiterung oder für einen Neubau gefordert. Verschiedene Referenzobjekte, die die Anforderungen gemeinsam erfüllen (Sanierung/Bauen im Bestand und ergänzender Neubau) sind möglich. Die Sanierung am Denkmal wird gepunktet.
- Es wurden mindestens die Leistungsphasen 3-8 nach § 34 HOAI erbracht.

Sofern die Referenz einen Wettbewerbspreis, eine Anerkennung (nachrangiger Preis) oder eine sonstige Auszeichnung (z. B. Architekturpreis) erfahren hat, wird dies gepunktet. Diese muss nicht den Mindestanforderungen genügen. Die Wertung der Referenzen ist in den Unterlagen dargestellt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestangaben für jede eingereichte Referenzleistung sind (Anlage 7.1 bis 7.3): Ansprechpartner, Nutzer oder Bauherr, Erbrachte Leistungen, Bauwerkskosten, Honorarzone, Zeitpunkt der Leistungserbringung sowie Inbetriebnahme des Bauvorhabens, Projektleitung und projektbeteiligte Personen des Bewerbers, kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild (Bildokumentation max. 2 Seiten A4/A3 pro Referenz). Die Referenzleistungen des Bewerbers müssen abgeschlossen sein. Gehört die Lph. 9 zum Leistungsumfang und ist nur diese noch nicht abgeschlossen, wird die Referenz berücksichtigt.

Die Eignung ist darüber hinaus zu erklären durch Angaben der Beschäftigten des Unternehmens innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre (Anlage 8).

Die Eignung ist weiterhin zu erklären über die Erklärung zum Geschäftsjahresumsatz (vgl. III.1.2 Punkt 2) (Anlage 6). Darüber hinaus ist die Eignung zu erklären über die Erklärung zur vorgesehenen Projektierung durch Darstellung der Berufserfahrung der Projektleitung, seiner/ihrer Projektleitungsfunktion bei vergleichbaren Gebäudeplanungen (Bauwerkskosten) sowie der Darstellung der Projektleitung bei den angegebenen Referenzobjekten (Anlage 9).

Die Wertung der Eignungs-/ Auswahlkriterien ist in den Unterlagen (Hinweise 4) dargestellt.

Sofern Mindestanforderungen nicht gegeben sind, führen diese zum Ausschluss des Bewerbers.

III. 1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III. 2) Bedingungen für den Auftrag

III. 2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekten gem. § 75 VgV (siehe III.1.1).

Ist die Berufsbezeichnung „Architekt“ gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Voraussetzung, wer einen Befähigungsnachweis hat, der die Berufsanerkennung nach den Richtlinien 2013/55/EU des EU-Parlaments und des Rates vom 20/11/2013 zur Änderung der RL 2005/36/EU und der Verordnung EU Nr. 1024/2012 des EU-Parlaments und des Rates bestätigt.

III. 2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Für das Projekt gelten die Bau-, Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Freistaates Thüringen, insbesondere bauplanungs- und bauordnungsrechtliche sowie sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften (ThürBO einschl. VollzBekThürBO), die Thüringer Schulbaurichtlinie (ThürSchulbauR) und Schulbauempfehlung für den Freistaat Thüringen mit Raumprogrammempfehlungen für allgemeinbildende Schulen; DIN 18 040-1: Barrierefreies Bauen; Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV); Versammlungsstättenverordnung Thüringen; Vorschriften und Regelwerke der Unfallkasse Thüringen und der DGUV. Die Auflistung ist beispielhaft und nicht abschließend.

III. 2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV. 1) Beschreibung

IV. 1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV. 1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV. 1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV. 1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV. 1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV. 1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV. 2) Verwaltungsangaben

IV. 2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV. 2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 23/06/2017

Ortszeit: 12:00 Uhr

IV. 2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 10/07/2017

IV. 2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV. 2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/01/2018

IV. 2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI. 1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI. 2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI. 3) Zusätzliche Angaben:

Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb in zwei Stufen durchgeführt. Die Bewerber haben innerhalb der unter IV.2.2) genannten Frist einen Teilnahmeantrag einzureichen, der den Anforderungen dieser Bekanntmachung genügen muss. Bewerbungen, welche formal vollständig sind und mit denen die Eignung nachgewiesen werden konnte, werden danach anhand von Punkten bewertet. Die bis zu 5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren eingeladen. Die Rangfolge richtet sich dabei nach den erreichten Punkten. Bei gleicher Punktzahl entscheidet unter diesen das Los.

Beim Verhandlungsgespräch wird der für die Vertragsdurchführung verantwortliche Büroinhaber (Generalplaner) mit seinem verantwortlichen Projektleiter einschließlich des Stellvertreters des Projektleiters erwartet. Bei Bietergemeinschaften werden alle für die Vertragsdurchführung verantwortlichen Mitarbeiter der Bietergemeinschaft mit dem verantwortlichen Projektleiter Gebäude einschließlich seines Stellvertreters erwartet. Die Verpflichtung zur Angabe des Projektteams des Generalplaners erfolgt mit der Angebotsabgabe.

Für den Teilnahmewettbewerb gelten die folgenden Bedingungen:

- 1 Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Bewerbungsbogen einschließlich aller Anlagen für die Bewerbung zu verwenden ist. Die Unterlagen sind ausschließlich im DIN A4/A3 gefaltet-Format einzureichen.
- 2 Die Bewerbung ist im geschlossenen und gekennzeichneten Umschlag fristgerecht (siehe IV.2.2)) an die unter I.1) genannte Kontaktstelle einzureichen. Bei persönlicher Abgabe des Teilnahmeantrages sind die Unterlagen in der unter I.1) genannten Poststelle abzugeben; Teilnahmeanträge in ausschließlich elektronischer Form (z. B. E-Mail) werden nicht berücksichtigt. Für die Wahrung der Frist kommt es auf den Eingang bei der Kontaktstelle an.
- 3 Alle Unterlagen zur Bekanntmachung (bezeichnet mit der Vergabentr. 02/21/17) stehen zum kostenlosen Download (s. I.3)-Kommunikation) zur Verfügung. In einer Checkliste sind die Anlagen dargestellt, die vom Bewerber / der Bietergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind. Die Hinweise dienen der Information der Teilnehmer.
Rückfragen sind an die Vergabestelle per E-Mail zu stellen bis 10 Arbeitstage vor Abgabe des Teilnahmeantrages.

Die Rückfragen werden anonymisiert beantwortet und sind öffentlich einsehbar. Kosten für die Bewerbung und Angebotserstellung sowie für die Teilnahme am Verhandlungsverfahren werden nicht erstattet. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe erhalten die ausgewählten Teilnehmer zusätzliche Unterlagen. Die Möglichkeit der Besichtigung besteht in der Angebotsphase.

VI. 4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI. 4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Thüringer Landesverwaltungsamt

Vergabekammer

Weimarplatz 4

99423 Weimar

99423

Deutschland

Telefon: +49 361-37737037

E-Mail: vergabekammer@tlva.thueringen.de

Fax: +49 361-37739354

Internet-Adresse: <https://www.thueringen.de/th3/tlvwa/vergabekammer/>

VI. 4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI. 4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Regelungen des § 160 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

VI. 4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

VI. 5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

22/05/2017

Verbandsversammlung des Gewässerunterhaltungszweckverbandes Eichsfeld (GZV Eichsfeld) am 20.06.2017

Die Verbandsversammlung des Gewässerunterhaltungszweckverbandes findet am

Dienstag, den 20.06.2017 um 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Verwaltungsgemeinschaft „Eichsfelder Kessel“, Bergstraße 51, 37355 Niederorschel statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bestätigung der Tagesordnung sowie der fristgerechten Ladung
4. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.12.2016
5. Überplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2015
6. Feststellung der Jahresrechnung 2015
7. Entlastung des Verbandsvorsitzenden sowie dessen Stellvertreter für das Haushaltsjahr 2015
8. Überplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2016
9. Jahresrechnung 2016
10. 1. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2017
11. Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentlicher Teil

gez. Hartung
Verbandsvorsitzender